

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 791

Mittwoch, 8. November 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|---|
| Kardinal Ramazzini: Porras "sollte ihrem christlichen Gewissen folgen und zurücktreten" | 1 |
| Das TSE ist in Bezug auf SEMILLA weiter unter Druck | 3 |
| Ein Aufstand für Demokratie in Guatemala | 4 |
| Kommentar aus La Hora: Es beginnt eine neue Ära der Verteidigung der Demokratie | 5 |
| Quiñonez und Arévalo: Projekte für die Metropolregion Guatemala-Stadt | 5 |
| Tropensturm Pilar: INSIVUMEH erwartet weitere Regenfälle | 6 |

Kardinal Ramazzini: Porras "sollte ihrem christlichen Gewissen folgen und zurücktreten"

Guatemala, 20. Oktober - "Es gibt mindestens vier Blockaden, die uns trennen", schrieb Kardinal Álvaro Ramazzini über eine verschlüsselte Nachrichten-App, nachdem er dieses Interview zugesagt hatte. "Es wäre besser, es per Videochat zu machen. Setzen Sie sich keinem Risiko aus."

Es sind schwierige Tage in Guatemala: In Hunderten von Autobahn- und Strassenblockaden im ganzen Land protestieren die Menschen gegen den Machtmissbrauch von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras.

*Ramazzinis Diözese liegt in Huehuetenango, etwa sechs Autostunden von der Hauptstadt entfernt. Zum Zeitpunkt dieses Gesprächs waren Dutzende von Bereitschaftspolizist*innen an die Ringautobahn, eine der Zufahrten von Guatemala-Stadt nach Westen, entsandt worden.*

Ramazzini hat sich auf die Seite der Demonstrierenden gestellt. Das gelte für alle Bischöfe Guatemalas, sagt er. Im Namen der Bischofskonferenz hat er wiederholt die Behinderung des Wahlprozesses und des Machtwechsels durch die Staatsanwaltschaft verurteilt, ein Machtwechsel, der am 14. Januar mit der Vereidigung des gewählten Präsidenten Bernardo Arévalo seinen Höhepunkt erreichen soll. Vor fünf Tagen stand der Kardinal selbst vor dem Sitz des Parlaments in der Hauptstadt und wandte sich in Begleitung der 48 Kantone von Totonicapán und des indigenen Bürgermeisters von Sololá an Hunderte von Demonstrierenden: "Ich kann mich nicht taub stellen für die Schreie eines Volkes, das seit Jahrhunderten verlangt, dass seine Stimme gehört wird."

*Der Kardinal ist ein prominenter Verfechter der Rechte von Migrant*innen - er war 1999 einer der Gründer der Casa del Migrante. Deren Unterkünfte entlang des Weges durch Guatemala werden von Missionaren des Scalabrinier-Ordens verwaltet. Ramazzini setzt sich lautstark für die Belange der Campesin@s und den Schutz der nationalen Ressourcen ein. Er war nicht immer ein so offener Kritiker der Regierung von Alejandro Giammattei; er sagt, dass er vor der Pandemie erfolglos versucht habe, zwischen der Regierung und den Gemeinden in Huehuetenango in einem Streit um einen Staudamm zu vermitteln - bis Giammattei, wie er sagt, "mir klar machte, dass er der Präsident sei und tun würde, was er wollte". Mit mehr Wohlwollen, als viele andere Giammattei zugestehen, wirft er dem Präsidenten nun vor, in der aktuellen Krise unklar zu sein.*

*Am zehnten Tag des landesweiten Streiks bietet er der Regierung erneut seine Vermittlung an. In diesem Gespräch beschuldigt er die Stiftung gegen den Terrorismus, "ein rassistisches und ausgrenzendes Guatemala" zu verteidigen, distanziert sich von der CODECA, die er für ihre Radikalität kritisiert, und betont seine Freundschaft mit einigen Wirtschaftsführer*innen, trotz ihrer Differenzen. "Ich habe keine eindeutigen Belege, um zu sagen, ob sie für die aktuelle Krise verantwortlich sind oder nicht", sagt er über den privaten Sektor; "aber sie tragen viel Verantwortung für den historischen Prozess der Diskriminierung und Marginalisierung der ärmsten Sektoren Guatemalas."*

Besteht in Guatemala die Gefahr eines Staatsstreichs?

Das ist eine Hypothese, denn in diesem Land weiss man nie, was passieren könnte. Das erinnert mich an Gabriel García Márquez' Roman '100 Jahre Einsamkeit', in dem es um Fantasien geht, die tatsächlich eintreten könnten. Mit den Worten 'Staatsstreich' will ich eine Warnung aussprechen: Tut es nicht. Wenn das Militär einen Staatsstreich in Erwägung zieht, tun Sie es nicht; es wäre eine Katastrophe für das Land.

Guatemala ist Macondo.

Ja, es ist unfassbar, was hier geschieht.

Das Land befindet sich seit zehn Tagen in einem landesweiten Streik mit fast 100 Blockaden. Was glauben Sie, wie stark sind die Demonstrationen im Moment?

Das Verfassungsgericht hat die einstweilige Verfügung des indigenen Bürgermeisters von Palín akzeptiert, in der die Einhaltung des Rechts auf Mobilität gefordert wird, und das Gericht hat auch erklärt, dass die Strassen frei von Blockaden sein müssen. Aber die Aufrechterhaltung der Blockade ist ein Recht, das als friedlicher Protest anerkannt wird. Diejenigen, die bei den Demonstrationen Gewalttaten begangen haben, sind nicht die Organisator*innen, sondern Agents Provocateurs. Die Mentalität derjenigen, die diese Blockade organisiert haben, war immer friedlich, und ich würde mir wünschen, dass diejenigen von uns, die protestieren - ich bin nicht an den Blockaden beteiligt -, diesen Geist beibehalten.

Gestern Abend besuchte ich hier in Huehuetenango eine Gruppe, die eine Autobahn in Richtung mexikanische Grenze blockierte, und sie waren sich der Notwendigkeit bewusst, kranke Menschen, die durchkommen müssen, oder Lastwagen, die Benzin bringen, nicht zu bestrafen, denn im Moment sind die Tankstellen in Huehuetenango leer. Sie brauchen ein Mindestmass an gesundem Menschenverstand, um einen starren Extremismus zu vermeiden, der das Leben der Menschen gefährdet. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichts können die Behörden nun das Argument vorbringen: "Ihr seid aus der Reihe getanz, und wir handeln." Manchmal fehlt den Verantwortlichen der Scharfsinn, dass man, wie Jesus im Evangelium sagt, harmlos wie eine Taube und klug wie eine Schlange sein soll.

Was erhoffen Sie sich von den Blockaden zu erreichen?

Ich würde mir wünschen, dass die Generalstaatsanwältin zurücktritt. Das ist mein Wunsch, aber ich bin mir nicht sicher, inwieweit sie die menschliche Sensibilität besitzt, um zu erkennen, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung nicht will, dass sie ihr Amt weiter ausübt. Sie hat immer behauptet, dass sie das Gesetz respektiert, aber es gab Ihrerseits illegale Handlungen, die die Opposition gegen sie hervorriefen, z.B. die Beschlagnahmung von Wahlurnen. Zuvor hatte die Bevölkerung nicht so gegen sie reagiert, obwohl sie drastische Massnahmen gegen Leute aus ihrer Behörde ergriff, die jetzt im Exil sind. Aber als sie die Stimmenauszählung angriff, reagierten die Menschen auf diese Weise. Ich habe das nicht erwartet, aber ich finde es gut, dass die Leute so reagiert haben.

Welche Rolle spielt Präsident Giammattei?

Er hat einen Rückzieher gemacht. Wochenlang hat er in der Öffentlichkeit nichts gesagt, aber in keiner seiner beiden jüngsten Reden hat er die Ursache des Problems erwähnt. Er hat nicht gesagt: "Ich bin nicht einverstanden mit dem, was Sie von mir verlangen, dass ich den Generalstaatsanwalt zum Rücktritt auffordere."

Das sage ich ihm jetzt: Herr Präsident, Sie müssen Ihre Verantwortung wahrnehmen. Und ich denke, dass wir Bischöfe ihm das in unserem offenen Brief am Dienstag deutlich gemacht haben. Er muss das Gemeinwohl und die öffentliche Ordnung hochhalten und den Frieden garantieren. Das Mindeste, was wir von Präsident Giammattei erwarten können, ist, dass er sagt: 'Frau Generalstaatsanwältin, in Übereinstimmung mit meinen Verpflichtungen bitte ich Sie, zurückzutreten'. Das würde dem Präsidenten Pluspunkte einbringen.

Es gibt Gerüchte - die der Präsident dementiert - dass er erwägt, den Ausnahmezustand auszurufen.

Sollte dies der Fall sein, wäre dies keineswegs hilfreich. Denn das Ausmass der Proteste und der öffentlichen Unzufriedenheit ist bereits stark angestiegen. Ihm bleiben nur noch drei Monate seiner Amtszeit, und es wäre dumm von ihm, eine solche Entscheidung zu treffen, insbesondere angesichts des Urteils des Verfassungsgerichts.

Glauben Sie nicht, dass der Verfassungsgerichtshof mit seinen Urteilen versucht, alle zu beschwichtigen?

Zumindest bieten sie jetzt Antworten an. Aber ob diese wirklich dazu beitragen werden, die Situation zu entschärfen oder zu beenden, wage ich zu bezweifeln.

Sie haben den Streik öffentlich unterstützt, aber vor zwei Tagen hat ein Priester im Talar Demonstrant*innen im wohlhabenden Guatemala-Stadtteil Cayalá angefahren. Gibt es in Guatemala zwei katholische Kirchen?

Nein, nur eine. Innerhalb der Kirche gibt es Orden mit eigenen internen Normen, aber alles, was mit dem öffentlichen Leben ausserhalb davon zu tun hat, fällt in die Zuständigkeit des Bischofs. Ich habe noch nicht mit dem Erzbischof gesprochen, der für Guatemala-Stadt zuständig ist, aber ich kann mir vorstellen, dass er etwas zu dieser Angelegenheit zu sagen hat. Ich kann mir auch vorstellen, dass die Oberen dieses Priesters, der dem Opus Dei angehört, davon erfahren haben.

Ist es nicht offensichtlich, dass es unter den Kirchenführern sehr unterschiedliche Ansichten zu den aktuellen nationalen Ereignissen gibt?

Auf der Ebene der Bischöfe, nein. Was wir in unserer Erklärung gesagt haben, ist das, was wir alle denken. Auf der Ebene der Priester kann ich mir schon unterschiedliche Haltungen dazu vorstellen. Wir haben Freiheit in Fragen, die nicht den Glauben betreffen; wir respektieren die Freiheit der Gedanken. In meiner Diözese hat jeder Priester, der mit etwas nicht einverstanden ist, was ich öffentlich sage, das Recht, mir das zu sagen und darüber zu sprechen.

Und wenn ich ihn nicht überzeugen kann, beeinträchtigt das in keiner Weise das pastorale Leben.

Welche Rolle sollte die katholische Kirche in dieser politischen Krise spielen?

Diejenige, die wir gespielt haben: Versöhnung, ja, aber auch Hilfe bei der Beseitigung der Ursachen, die diese Situation hervorgerufen haben. Deshalb haben wir immer wieder gesagt: Frau Generalstaatsanwältin, treten Sie zurück. Sie betrachten sich als Katholikin, also treten Sie zurück. Staatsanwalt Curruchiche, treten Sie zurück. Tun Sie es zum Wohle des Volkes, und nicht nur, weil Sie Verbrechen begangen haben. Das heisst, wenn Sie wirklich ein christliches und staatsbürgerliches Gewissen haben.

Die Regierung Giammattei präsentiert sich als konservativ und religiös. Hört der Präsident auf Sie?

Anfangs hatte ich wegen der Probleme in San Mateo Ixtatán, Huehuetenango, eine enge Beziehung zu ihm. Aber später machte er mir klar, dass er der Präsident sei und machen würde, was er wolle. Und das war das Ende der Geschichte. Sowohl die Regierung als auch die Diözese haben diese Vermittlung in San Mateo übernommen, aber dann kam die Pandemie und alles war vorbei. Seitdem habe ich unsere engen Beziehungen abgebrochen, und jetzt muss ich ihm als Bürger sagen, was er falsch macht. Deshalb haben wir uns direkt an ihn und den Generalstaatsanwalt gewandt.

Ist die Kirche in der Lage, bei der Regierung zu vermitteln?

Wenn sie uns bitten, zu vermitteln, sind wir dazu bereit. Obwohl wir eine Trennung von Kirche und Staat haben, waren wir immer bereit, bei der Lösung von Problemen zu helfen, die die soziale Stabilität der Guatemalteken gefährden.

Wie beurteilen Sie die Rolle der anderen christlichen Kirchen in der heutigen guatemaltekischen Politik?

Das kommt darauf an, denn es gibt einen Teil der evangelikalischen Kirchen, die Konferenz der evangelikalischen Kirchen Guatemalas, die sich in sozialen Fragen engagiert. Aber es gibt auch einen anderen Sektor, von dem ich mir wirklich wünschen würde, dass er eine klare Position zu politischen und sozialen Fragen einnehmen würde. Aber das ist ihre Art zu denken und ihr Recht, wie das eines jeden Gläubigen.

Eine einflussreiche Koalition evangelikaler Pastoren hat Giammattei und seinen Verbündeten ihre breite Unterstützung angeboten.

Leider ist das so. Diese Unterstützung hat uns nicht geholfen; sie hat uns in diese Krise gebracht. Zur Unterstützung sollte gehören, dem Präsidenten seine Fehler aufzuzeigen. Wenn er nicht zuhört, dann ist das eine andere Geschichte. (El Faro)

Das TSE ist in Bezug auf SEMILLA weiter unter Druck

Guatemala, 27. Oktober - Roman Gressier schreibt über den anhaltenden Versuch des guatemaltekischen Staates, die Amtseinführung des Siegers der jüngsten Präsidentschaftswahlen, Bernardo Arévalo, im Januar zu verhindern. Der jüngste Versuch besteht in den Drohungen der Generalstaatsanwaltschaft gegen das Oberste Wahlgericht (TSE).

Sieben Tage vor Ablauf des Rechtsschutzes für SEMILLA wägt das Oberste Wahlgericht Guatemalas (TSE) ab, ob es die Partei von Arévalo bis zur Amtseinführung vor einer fälschlichen Annullierung schützen soll. Dabei ist die Immunität der Richter*innen selbst bedroht; ein Antrag der Generalstaatsanwältin Maria Consuelo Porras an den Obersten Gerichtshof, diese aufzuheben, ist bereits gestellt.

Das TSE steckt in der Klemme - eine Klemme, die darüber entscheiden könnte, ob es Generalstaatsanwältin Consuelo Porras gelingt, die Vereidigung des gewählten Präsidenten Bernardo Arévalo am 14. Januar zu verhindern.

Einerseits werden die Richter*innen innerhalb einer Woche entscheiden, ob sie den Forderungen der Zivilgesellschaft nach einer Verlängerung des Wahlverfahrens, die am 31. Oktober endet, bis zur Amtseinführung nachkommen und damit Arévalos Partei SEMILLA vor der Annullierung bewahren. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat die Ermittlungen der Generalstaatsanwältin Consuelo Porras gegen die SEMILLA, die nach ihrem überraschenden Erfolg bei den Vorwahlen am 25. Juni eingeleitet wurden, wiederholt und einstimmig als grundlose politische Verfolgung kritisiert. Laut ConCriterio hat das TSE dreimal privat über eine Verlängerung diskutiert. Die Präsidentin Irma Palencia sagte dem Radiosender, dass man "verschiedene Szenarien" prüfe und noch unentschieden sei. Ex-Magistrat César Conde argumentierte in der Radiosendung am Montag, dass sie dies tun sollten, um "die Vereidigung am 14. und 15. Januar sicherzustellen", und verwies auf die illegale Beschlagnahmung der beglaubigten Stimmzettel durch die Staatsanwaltschaft am 30. September.

Andererseits könnte Porras versuchen, das TSE ganz aufzulösen, indem sie in den kommenden Wochen oder Tagen die Richter*innen anklagt. Ihr Büro hat bereits wiederholt einen Antrag auf Aufhebung der Immunität der TSE-Mitglieder gestellt, der nun beim Obersten Gerichtshof anhängig ist. Ein zustimmendes Urteil wäre ein Joker; der von korrupten Parteien kontrollierte Kongress hat es zugelassen, dass der Oberste Gerichtshof, der durch Einflussnahme beschmutzt

ist, seine Amtszeit nun schon seit vier Jahren überzieht.

Das Zerwürfnis des TSE mit Porras rührt daher, dass es den klaren Sieg von Arévalo - er erhielt 60,9 Prozent der Stimmen - trotz Razzien und Einschüchterungen hartnäckig bestätigte. Doch während die Richter*innen als Verteidiger*innen der Demokratie auftraten, sind sie bestenfalls ihre Antihelden: Letztes Jahr erzählte die Richterin Blanca Alfaro der US-Botschaft, dass Präsident Giammattei ihre Kolleg*innen wiederholt bestochen habe. Die zentrale Schwäche des Tribunals ist seine eigene Kontaminierung.

Es ist kein Zufall, dass gerade Ricardo Méndez Ruiz den Obersten Gerichtshof aufforderte, gegen die TSE-Richter*innen vorzugehen, die er als "ein Quintett von Gangstern" bezeichnete. Dieser ist Präsident der rechtsextremen Stiftung gegen den Terrorismus (FCT), ein wichtiger Verbündeter von Porras, der in sozialen Medien und darüber hinaus unbegründete Behauptungen aufstellt, etwa dass SEMILLA Wahlbetrug begangen habe.

(El Faro, *der vollständige Artikel mit Fotos und Links in englischer Sprache findet sich unter [While under Threat, Electoral Tribunal Considers Protecting Semilla until Inauguration](#), Wie sich die TSE am 31.10. entschieden hat, steht weiter unten im Kommentar aus der Zeitung La Hora, d. Red.*).

Nachtrag: Am 6. November hat der Oberste Gerichtshof (CSJ) laut Prensa Comunitaria entschieden, dass die Entscheidung über die Immunität der TSE-Mitglieder dem Kongress zustehen.

Ein Aufstand für Demokratie in Guatemala

Guatemala-Stadt, 21. Oktober - Sandra Cuffe schreibt in dem Medium Ojalá über die Demonstrationen, die in Guatemala-Stadt zur Unterstützung der Demokratie und gegen den sog. Pakt der Korrupten stattfinden. Diese Demonstrationen sind Teil der landesweiten Streik- und Blockadewelle, die das Land erfasst hat, nachdem die Regierung offenkundig versucht hat, das Volk um seine demokratischen Entscheidungen zu betrügen.

Im Küchenzelt herrschte reges Treiben, als Freiwillige Tortillas buken, Rührei zubereiteten, Bohnen und Käse verteilen und Kaffee ausschenkten. Es war kurz vor acht Uhr morgens bei dem Protest vor der Staatsanwaltschaft in Guatemala-Stadt, wo eine engagierte Mannschaft seit mehr als zwei Wochen rund um die Uhr indigene Führer*innen und andere Demonstrierenden versorgt.

"Wir haben hier geschlafen", sagt Juana Chávez und deutet auf ein kleines Stück Strasse unter dem Vordach, zwischen Stapeln von Geräten und Regalen mit Lebensmittelvorräten. Chávez ist Angehörige der Küche und deren Organisation Oxlajuj Ajpop, die sich der Spiritualität und den heiligen Stätten der Maya widmet. Sie hilft seit dem ersten Tag freiwillig in der Küche. "Wir sind hier im Widerstand", sagte sie stolz über die Gruppe von Frauen und Männern, jungen und alten, indigenen und ladinischen Menschen.

Der Protest in Guatemala-Stadt ist Teil einer von Indigenen angeführten landesweiten Arbeitsniederlegung, die nun schon die dritte Woche andauert, mit anhaltenden Autobahn- und Strassenblockaden im ganzen Land – und stets mit der Drohung einer bevorstehenden Niederschlagung. Die Menschen fordern den Rücktritt der Generalstaatsanwältin und anderer Akteur*innen des Justizsystems, die hinter den Bemühungen zur Untergrabung der Wahldemokratie stehen. [...]

Trotz der demokratischen Rückschritte und der Angriffe auf die Blockaden waren die Aktionen auch Feste des Widerstands, mit Musik, Tanz, Kunst, Zeremonien, Piñatas und anderen Aktivitäten. Die Gemeinden sind mit Karawanen und sogar zu Fuss gekommen, um die Blockaden im Hochland und in der Hauptstadt zu unterstützen. Die Aktiven haben sich abgewechselt, um die Aktionen aufrechtzuerhalten. Jeden Tag parken hinter der Staatsanwaltschaft verschiedene alte US-Schulbusse, die in bunten Farben bemalt sind. [...]

Jenseits der stationären Proteste und der Unterstützungsorganisationen schlängeln sich fast täglich Märsche durch die Hauptstadt. Verschiedene Sektoren haben sich mobilisiert, und Markthändler*innen waren besonders aktiv. An einem ihrer grössten Märsche nahmen Tausende von Menschen aus Dutzenden von Märkten teil, die mehrere Stadtblöcke füllten. Alicia Portillo, die Kleidung auf dem San-Martín-Markt verkauft, sagte gegenüber Ojalá, dass sich niemand daran erinnern könne, dass es jemals eine so vereinte Massenbewegung auf den Märkten der Stadt gegeben habe. (Ojalá, *der ausführliche Bericht auf Englisch auf [An uprising for democracy in Guatemala](#), d.Red.*).

Nachtrag I: Der Marsch für Demokratie fand am 3. und 4. November statt und Tausende beteiligten sich friedlich in einem Sternmarsch auf die Hauptstadt bis zum Gebäude der Staatsanwaltschaft. Es war verbunden mit traditionellen Maya-Zeremonien, die um Schutz der Demonstrierenden und um das Erreichen ihres Ziels (Rücktritt der MP-Oberen) baten. Auch der gewählte Präsident Bernardo Arevalo war anwesend und kündigte einen eingehenden Dialog mit den indigenen Autoritäten an. In seiner Regierung werde es keine Korrupten geben.

Nachtrag II: Am 7. November haben sich Mitglieder der Feuerwehr und von Transportunternehmen in Sololá, der Costa Sur und in Jutiapa dem Streik angeschlossen (Prensa Comunitaria).

Kommentar aus La Hora: Es beginnt eine neue Ära der Verteidigung der Demokratie

Guatemala, 31. Oktober 2023 - Heute hat das Oberste Wahlgericht (TSE) die Vereinbarung veröffentlicht, mit der der Abschluss des Wahlprozesses 2023, der am 25. Juni und 20. August dieses Jahres seinen Höhepunkt erreichte, offiziell verkündet wird. Heute kritisieren viele das TSE, weil es ein Datum festgelegt hat. Aber abgesehen davon, dass es einige Reformen gab, haben sie nicht einmal in ihren schlimmsten Träumen daran gedacht, dass wir wie Nicaragua oder Venezuela sein würden, d.h. dass die Behörden versuchen würden, den Willen der Bürger*innen, den sie an der Wahlurne zum Ausdruck gebracht haben, zu missachten.

Die heute veröffentlichte Entscheidung hat zur Folge, dass die gewählten Autoritäten [*inkl. dem Präsidenten und der Vizepräsidentin, d. Red.*] am 14. Januar ihr Amt antreten werden. Eine weitere Folge ist, dass es den Bürger*innen obliegt, das zu verteidigen, was an den Urnen zum Ausdruck gebracht wurde, dass das Verfassungsgericht zeigen muss, dass es auf der Seite der Demokratie steht, dass die Wahlkommissionen den irrationalen Mutmassungen der Staatsanwaltschaft (MP) ausgesetzt sind, dass die Partei SEMILLA suspendiert wird, was zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung führen wird, und dass gegen andere Parteien aus den gleichen Gründen ermittelt werden muss wie gegen die Partei, die Bernardo Arévalo zum Präsidenten gemacht hat. Das Parlament leckt sich die Finger, weil es glaubt, einen Betrug nachweisen zu können, den es nicht gegeben hat.

Mehr als 1.600 Bürgerinnen und Bürger bilden 339 Bezirks-Wahlkommissionen (JEM), die wiederum die vierköpfige Kommission zur Stimmenauszählung (JRV) ernennen. Es gibt 24.585 Wahllokale im ganzen Land, und um einen Betrug zu begehen, braucht man zu viele Leute. Daher hat die Erzählung der MP und ihrer inoffiziellen Sprecher (NetCenters) weder Hand noch Fuss. Und wenn jemand das Geld hatte, um zu versuchen, die Wahlen zu "stehlen", dann war es die Regierungspartei von Alejandro Giammattei, Miguel Martínez und Manuel Conde.

Die Tatsache, dass die MP den Wahlprozess in Frage stellen wollen und dazu das System der Übermittlung der vorläufigen Wahlergebnisse (TREP) als Vorwand benutzen, bedeutet, dass sie gegen Tausende von Bürger*innen vorgehen, die freiwillig ihre Zeit geopfert haben. Mehr als das: Es bedeutet, gegen das Wahlsystem als Ganzes vorzugehen, denn bei den Wahlen 2027 werden nur sehr wenige ehrliche Menschen in den Wahllokalen teilnehmen wollen, und auf diese Weise werden sie weiterhin die Tür dafür öffnen, dass wir Nicaragua und Venezuela ähneln, Orten, an denen keine freien und transparenten Wahlen abgehalten werden, was letztendlich das ist, was die antidemokratischen Akteure wollen.

Viele Akteur*innen (Indigene, Ladin@s, kleine und grosse Unternehmen, Akademiker*innen, Religiöse usw.) sind sich darin einig, dass sie die Demokratie verteidigen müssen. Dieser Stolperstein sollte der erste grosse Schritt sein, aber wir müssen in der Lage sein, zu weiteren Vereinbarungen [*für Rechtsstaat und Demokratie, d.Red.*] überzugehen.

Wie ich bereits sagte, wird die rechtliche Basis der SEMILLA ausgesetzt, was den Kongress noch mehr verkomplizieren wird, aber wenn es Arévalo gelingt, die notwendigen Vereinbarungen anzuführen, um das an der Wahlurne erteilte Mandat zu erfüllen, mit oder ohne Fraktion, können die Dinge in der Legislative vorankommen, denn wir haben keine Initiativen im Konsens mit den Akteur*innen mit dem grössten Einfluss auf die Gesellschaft vorgelegt.

Was vor uns liegt, wird nicht einfach sein und es wird nicht schnell gehen, aber wenn wir wirklich gewillt sind, daran zu arbeiten, weiterhin in einer Demokratie zu leben, liegen aufregende Tage vor uns, denn die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Akteur*innen wird den Weg für das Guatemala der Vereinbarungen ebnen, das eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung des Landes ist, das wir uns wünschen.

Wir werden die juristischen Mittel nutzen müssen, um die Demokratie zu verteidigen, aber vor allem müssen wir unsere Stimme einsetzen, unsere Fähigkeit, Vereinbarungen zu treffen und die Aktionen von Bürger*innen auszuüben, die sich dagegen wehren, für den Verlust des demokratischen Lebens verantwortlich zu sein. ([Pedro Pablo Marroquín](#), La Hora)

Quiñonez und Arévalo: Projekte für die Metropolregion Guatemala-Stadt

Guatemala, 3. November - Die Einführung eines U-Bahn-Systems für die Bevölkerung von Mixco, Villa Nueva, Santa Catarina Pinula und Guatemala-Stadt, die Einleitung eines Pilotprojekts in vom Staat vergessenen Gebieten zur Bereitstellung von Grundversorgungsleistungen und die Fortschritte bei den Studien, die die Stadtverwaltung der Hauptstadt zusammen mit anderen Organisationen über neue Möglichkeiten im Strassennetz durchführt, waren die Zusammenfassung des Treffens, das am Freitag, den 3. November, zwischen dem Bürgermeister der Hauptstadt, Ricardo Quiñonez, und dem gewählten Präsidenten Bernardo Arévalo stattfand.

Während viele der Einwohner*innen für die Demokratie demonstrierten, trafen sich Quiñonez und Arévalo mit ihren Arbeitsteams, um Themen von gemeinsamem Interesse zu besprechen. "Wir beginnen, gemeinsam einen Weg zu beschreiten, der konkrete Ergebnisse zum Wohle der Stadtbevölkerung und damit auch des Landes bringen wird", sagte

Arévalo auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Treffen. (...)

Laut Quiñonez sind bereits zwei Metrolinien geplant: eine, die der gewählte Präsident vorschlägt, verläuft im Gebiet von Mixco in Richtung Guatemala-Stadt und erstreckt sich bis Santa Catarina Pinula. Die zweite würde von Villa Nueva im Bereich des Zentralen Großmarktes (CENMA) in Richtung der Straße Atanasio Tzul beginnen und ihre Route entlang der Bahnlinie fortsetzen, bis sie den Markt La Terminal, die Zone 4, die Altstadt, die Zone 17 und die Zone 18 erreicht, mit der Möglichkeit, sie in Richtung der Gemeinde Palencia zu erweitern.

"Wir haben eine Reihe von Initiativen identifiziert, bei denen die Bemühungen, die die Stadtverwaltung bereits entwickelt hat, mit den Initiativen und Plänen unserer [zukünftigen] Regierung übereinstimmen. Diese werden dann in dem Arbeitsplan der Bediensteten der Regierung und der Stadt eingeschlossen sein", sagte Arévalo.

Der gewählte Präsident erläuterte auch das zweite Projekt, das sie gemeinsam vorantreiben wollen: ein Pilotprojekt zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in den Zonen 17, 18, 24 und 25, die aufgrund mangelnder Investitionen der Vorgängerregierungen aufgegeben wurden. Mit diesem Plan wollen die beiden Institutionen grundlegende Dienstleistungen und Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sicherheit fördern. "Mit diesen Bemühungen wollen wir das marginalisierte Gebiet in eine Zone des Zusammenlebens in Würde verwandeln", bekräftigte Arévalo.

Schliesslich vereinbarten Quiñonez und Arévalo, die von der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit Südkorea eingeleiteten Studien über neue Möglichkeiten im Strassennetz von Guatemala-Stadt und den umliegenden Gemeinden voranzutreiben. (...) (Prensa Comunitaria)

Tropensturm Pilar: INSIVUMEH erwartet weitere Regenfälle

Guatemala, 1. November - Der Norden und das Zentrum Guatemalas werden am 1. November von starken Regenfällen heimgesucht, während der Tropensturm Pilar seine Verlagerung in andere Regionen fortsetzt.

Das Nationale Institut für Seismologie, Vulkanologie, Meteorologie und Hydrologie (INSIVUMEH) teilte am 1. November, mit, dass es den Tropensturm Pilar, der sich vor den Küsten von El Salvador und Guatemala in den pazifischen Gewässern befindet, weiterhin beobachtet. Nach Angaben der wissenschaftlichen Einrichtung ist aufgrund der Nähe und der langsamen Bewegung des Sturms zu erwarten, dass weiterhin viel Feuchtigkeit in das nationale Hoheitsgebiet eindringen wird. (...). Laut INSIVUMEH wird erwartet, dass der Sturm zwischen Donnerstagabend und dem frühen Freitagmorgen abzieht und die betroffenen Gebiete verlässt. Währenddessen werden die Regenfälle in den nördlichen und zentralen Regionen des Landes anhalten, so das Institut. (...) (Prensa Libre)

Tatsächlich haben am 7. November die Regenfälle zu schweren Verwüstungen im Landkreis Sayaxché, Petén geführt. Die Ernten vieler Bäuer*innen wurden dabei vernichtet, z.B. in den Gemeinden El Roto Viejo und El Mollejon. Ebenfalls betroffen sind die Departements Huehuetenango (v.a. San Mateo Ixtatán), Alta Verapaz (v.a. Coban), Izabal (v.a. Puerto Barrios) und Quiché (dort im Ixcán sowie in Chajul und Nebaj). (Prensa Comunitaria).

¡Fijáte!
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6